

## Für eine neue Neue Kulturpolitik



Peter Grabowski

Peter Grabowski ist der kulturpolitische reporter, <https://derkulturpolitischereporter.wordpress.com>

Die Wahlen zum Europäischen Parlament stehen vor der Tür, flankiert von Urnengängen auf kommunaler Ebene in mehreren Bundesländern. Im Herbst werden dann gleich drei ostdeutsche Landtage neu zusammengesetzt. Kulturpolitik spielt in den Wahlkämpfen keine Rolle. Dabei steht die populistische Gefahr im Raum wie lange nicht mehr – und damit eine kulturelle Richtungsentscheidung.

Grob gesagt gibt es heute zwei entgegengesetzte mentale Strömungen in der Bevölkerung: Eine ist geprägt von immer mehr angeblicher oder tatsächlicher Weltoffenheit, gesellschaftlicher Multi- und persönlicher Transkulturalität. Das geht einher mit hohen Toleranzgraden für und sogar Ansprüchen an die Ausdifferenzierung jeder einzelnen Persönlichkeit. Das unausgesprochene Ideal ist ein selbstverwirklichtes, gelingendes Leben von 83 Millionen Individuen in Deutschland. Man könnte diese Haltung frei nach Friedrich dem Großen so zusammenfassen: »Jede\*r soll nach ihrer/seiner Façon glücklich werden!«

Dem anderen Lager ist genau das nicht geheuer oder sogar zuwider. Diese Menschen fühlen sich abgehängt und mitunter bedroht von einem kulturellen »Mainstream«. Die Republik – und erst recht die Europäische Union – empfinden sie nicht (mehr) als »ihr Land«. Mag dieses »ihr« für manche sogar reale Besitzansprüche verkörpern, geht es dennoch viel mehr um ein kulturelles Manko: Das vermeintliche Fehlen einst vertrauter Werte, Übereinkünfte und Verlässlichkeiten. Im Gegensatz zur anderen Gruppe lautet die schneidige Antwort darauf deshalb: »Jeder muss nach unserer Façon glücklich werden!«

Paradoxerweise berufen sich beide Seiten auf dieselbe Legitimationsgrundlage: Demokratie, Meinungsfreiheit und Pluralität. Diese liberale Trias hat über Jahrzehnte offenbar eine gefährliche Annahme genährt: Der Staat habe vor allem sicherzustellen, dass die Verwirklichung der eigenen Ziele, Ansprüche und Freiheiten nicht nur möglich, sondern von denen anderer gefälligst auch unbeeinträchtigt zu bleiben habe. Der frühere Bundestagspräsident Norbert Lammert hat das Problem Anfang Februar in einer Rede zur »Woche der Demokratie« so zusammengefasst: »Gemessen an diesem Anspruch, dass es bitte nicht zumutbar sei, dass irgendetwas gegen meinen Willen stattfindet und Geltung beansprucht, unter dieser Erwartung ist gesellschaftliche Ordnung nicht herstellbar.«

Wir leben längst in der Individualisten-Republik Deutschland. Im Dorf, im Viertel und im Job, im Verein, im Urlaub und im Netz achtet jeder darauf, dass seine Person für alle anderen möglichst unverwechselbar ist. Von Kleidung, Wohnung und Auto (oder Fahrrad!) im täglichen Umfeld über möglichst besondere Erlebnisse in der Freizeit bis zum – natürlich total individuellen – Profil im Job und in der digitalen Welt: Jede\*r ist unique.

Das meint der Frankfurter Soziologe Andreas Reckwitz, wenn er in seinem jüngsten Buch von der »Gesellschaft der Singularitäten« spricht. In einem komplexen Zusammenspiel mit anderen Entwicklungen der Liberalisierung und Diversifizierung ist das Versprechen von einer »Kultur für Alle« der Neuen Kulturpolitik im Laufe der vergangenen vier Jahrzeh-

te zu einem kollektiven Anspruch auf »Meine Kultur bin nur ich« geworden. Diesen Anspruch kann der Staat aber nicht nur nicht erfüllen, sondern jener wird ihn über kurz oder lang sogar sprengen.

Der Freiburger Historiker Ulrich Herbert hat in einem Sammelband historischer Betrachtungen der deutschen Gesellschaft (»Wandlungsprozesse«, 2001) die konstitutive Bedeutung der gesellschaftlichen Liberalisierung für die (alte) Bundesrepublik herausgearbeitet. Wurden diese enormen Freiheitszuwächse der jüngeren Vergangenheit ausreichend flankiert, um in der Bevölkerung ein Bewusstsein dafür herauszubilden, dass die liberale, offene Gesellschaft sich allein aus sich selbst heraus nicht erhalten kann?

Die Demokratie ist darauf angewiesen, dass auch ihre freiheitsgewohnten und hochindividualisierten Bürger\*innen an der Schwelle zum dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ihre Verfassung als Ganzes stets höher halten als ihre eigenen politischen Präferenzen (die ja immer das Ergebnis ihrer kulturellen Vorlieben sind). »Das kann man für eine Zumutung halten«, sagte Norbert Lammert am Ende seiner oben erwähnten Rede, »und in bestimmten konkreten Situationen ist es auch eine – aber sie ist die Voraussetzung dafür, einem ganzen Land, einer ganzen Gesellschaft und allen Menschen, die in ihr leben, größere und irreparable Zumutungen zu ersparen.«

Zu diesen Zumutungen muss künftig gehören, dass auch und gerade die Kulturpolitik ihre Botschaften für die aktuellen Herausforderungen schärft. Unübersehbar wollen wachsende Kräfte im politischen Raum die Freiheitsrechte des demokratischen Systems nutzen, um es irgendwann auf ganz legalem

Wege abzuschaffen. Die Signale dazu aus der AfD kann man nur noch übersehen, wenn man das mit voller Absicht will.

Deswegen werden die Verheißungen und unbestrittene Zivilisationsgewinne einer individualisierten »Kultur für alle«-Mentalität in Zukunft durch die Verpflichtungen auf eine »Kultur der Gemeinsamkeiten« oder eine »Kultur des Miteinander« notwendig ergänzt werden müssen. Ob 83 Millionen Deutsche oder 500 Millionen Menschen in Europa: Wir müssen staatsbürgerliche Überzeugungen teilen, die in einer gemeinsamen Kultur der gesellschaftlichen Organisation fußen.

Die Verantwortung dafür liegt aber zuerst bei jenen, die mit dem Erreichten zufrieden sind und die im wahren Sinne des Wortes »diversen« Freiheiten für einen zivilisatorischen Fortschritt halten. Die Neue Kulturpolitik hat sich immer als Gesellschaftspolitik verstanden, die gleichzeitig Demokratiep Politik sein wollte. Doch die Gesellschaft hat sich seit den 1970er Jahren so sehr verändert, dass auch die Herausforderungen an die Demokratie nicht mehr die gleichen sind wie vor 30, 40 oder 50 Jahren.

Die Balance zwischen individueller Unbeschränktheit und kollektiver Verantwortung in der Offenen Gesellschaft, ist zuerst eine kulturelle Herausforderung und deshalb die vornehmste Aufgabe der Kulturpolitik. Sie muss auch die Grenzen der Freiheit in der pluralen Gesellschaft der Singularitäten neu denken. Es ist deshalb an der Zeit, eine neue Neue Kulturpolitik zu formulieren, bevor jene Kräfte auch die Kultur bestimmen, die ganz andere Ziele verfolgen – und nach fast hundert Jahren wieder erst dafür gekämpft werden muss, dass es überhaupt freie Wahlen gibt. ■

## go vote! Aufruf zu den Europawahlen 2019

Culture Action Europe sieht die Europawahlen im Mai 2019 als eine Wiederbelebung der Grundwerte und der Demokratie Europas in Zeiten, in denen beide bedroht sind.

Kultur darf nicht zur Polarisierung genutzt werden, sondern muss als Quelle der Einheit und als Kraft für Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis gesehen werden.

Culture Action Europe appelliert an alle politischen Kräfte, sich bei den Europawahlen konstruktiv und respektvoll mit kulturellen Fragen auseinanderzusetzen, denn ohne die ausdrückliche Anerkennung ihrer kulturellen Dimension ist die Zukunft der Europäischen Union als gemeinsames Unterfangen schwer vorstellbar.

Die Kulturpolitische Gesellschaft e.V. ist Mitglied bei Culture Action Europe.

